Soziale Gerechtigkeit: blinde Flecken der sozialarbeits-wissenschaftlichen Theorie-entwicklung

Armin Schachameier

veröffentlicht unter den socialnet Materialien
Publikationsdatum: 08.11.2016
URL: http://www.socialnet.de/materialien/27653.php

Soziale Gerechtigkeit: blinde Flecken der sozialarbeitswissenschaftlichen Theorieentwicklung

Abstract:

Soziale Gerechtigkeit kann nach den Definitionen der nationalen und internationalen Dachverbände als grundlegendes Ziel der Sozialen Arbeit verstanden werden. Die ökonomisch-gesellschaftlichen Strukturanalysen verschiedener theoretischer Ansätze versuchen, die Zusammenhänge und Ursachen für soziale Notlagen zu identifizieren. Jedoch werden monetäre, geld- und währungssystembedingte Auswirkungen weitgehend ausgeblendet.

Darin werden in diesem Artikel die Wurzeln für die sich in immer kürzeren Zeitabständen ereignenden Krisen unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems gesehen. Am Beispiel von Griechenland werden mögliche Folgen für die Gesellschaft und die Soziale Arbeit diskutiert. Auf Basis dieser Erkenntnisse werden Lösungsstrategien aufgezeigt, so könnten von einer Kombination aus fließendem Geld, bedingungslosem Grundeinkommen sowie weiteren Komponenten sehr viele Menschen profitieren.

Soziale Gerechtigkeit: blinde Flecken der sozialarbeitswissenschaftlichen Theorieentwicklung

Einleitung:

Stellen Sie sich vor, sie wären derzeit Sozialarbeiter in Griechenland. Der dem Land auferlegte Sparkurs hat zu drastischen Einsparungen im Bereich der Sozialausgaben geführt. Dadurch sind vermehrt soziale Problemlagen aufgetreten und der Bedarf an Sozialer Arbeit ist gestiegen. Gleichzeitig können aber die benötigten Stellen nicht finanziert und besetzt werden (vgl. Menke 2016).
Das Land hat eine Arbeitslosenquote von bis zu 27% (vgl. Kalliga 2013), mehr als ein Viertel der Bevölkerung lebt in Armut oder ist stark von Armut bedroht, teilweise können kranke Menschen ihre Medikamente nicht mehr bezahlen (vgl. ebd.).

Es ist nicht auszuschließen, dass weiteren EU-Ländern in naher Zukunft ein ähnliches Schicksal mit Verschuldungsdynamiken droht, die zu Kürzungen der Sozialausgaben und zu einer verstärkten Nachfrage nach sozialer Hilfe führt.

Des Weiteren mach dieses aktuelle Beispiel deutlich, wie sehr ökonomische Einflussfaktoren und Zusammenhänge die Notwendigkeit Sozialer Arbeit begründen. So kann auch die historische Identitätsentwicklung der Sozialen Arbeit als eine systembedingte Folge (z.B. Thiersch 2012, Böhnisch 2012), als ein „Symptom der Moderne“ (Kleve 1999) verstanden werden.

Die Beschreibung des Gegenstandsbereichs der Sozialen Arbeit erfolgt somit durch eine phänomenologisch-hermeneutische Betrachtung gesellschaftlich-ökonomischer Strukturen. Gleichzeitig werden nach der IFSW, dem DBSH und der ESSAW Ziele und Aufgabebereiche definiert, insbesondere sollen die soziale Gerechtigkeit und die Steigerung des Wohlbefindens möglichst vieler Menschen angestrebt werden.

Nur wie wollen Sozialarbeiter diese Ziele in Ländern wie Griechenland, aber auch in vielen anderen Staaten, die unter Austeritätsprogrammen leiden, verwirklichen? Es ist doch offensichtlich, dass es die Folgen der Sparmaßnahmen nur begrenzt oder sogar unmöglich machen, den betroffenen Menschen mit Angeboten der Sozialen Arbeit, sei es in institutioneller oder ambulanter Form, durch einzel-, gruppen- oder gemeinwesenorientierte Interventionen zu helfen.

Ist es nicht auch zwingend notwendig, die systembedingten ökonomisch-gesellschaftlichen Ursachen zu identifizieren, daraus Lösungsstrategien abzuleiten und sich für deren Umsetzung einzusetzen?

Ich vertrete in diesem Artikel die These, dass nur eine Auseinandersetzung mit den ökonomischen Strukturen, genauer gesagt mit den Dynamiken unseres Geldsystems, zu einem Verständnis und zu Lösungsansätzen für die aktuellen problematischen Entwicklungen in vielen Ländern führen kann.

Nur, wenn die Vertreter der Sozialen Arbeit nicht nur die Folgen unseres Wirtschaftssystems beschreiben, sondern auch deren tiefere Zusammenhänge durchdringen, können sie ihre definierten Ziel umsetzen und an nachhaltigen, sozial gerechten, lösungsorientierten Entwicklungen mitarbeiten und sich dementsprechend gegenüber der Politik und Wirtschaft positionieren.

So sehen auch neuere, internationale Ansätze der Sozialen Arbeit die Interdependenz von globalen, ökonomisch bedingten Veränderungen und deren Auswirkungen auf Menschenrechte und soziale Entwicklungen (Cox/Pawar 2016).

Deswegen möchte ich zunächst beispielhaft auf einige theoretische Ansätze namhafter Vertreter der Sozialen Arbeit im Hinblick auf ihre Analyse ökonomisch-gesellschaftlicher Strukturen eingehen und diese kritisch beleuchten. Im Folgenden soll gezeigt werden, warum ein tieferes Verständnis unseres Geldsystems notwendig ist, um soziale Ungleichheiten erklären zu können. In einem weiteren Schritt werden Lösungsansätze auf der Basis eines gerechteren Geld- und Finanzsystems dargestellt, von welchem die Mehrheit der Menschen profitieren würde. Damit wäre eine Grundlage geschaffen, um die in den Definitionen der Dachverbände formulierten Ziele tatsächlich verwirklichen zu können.

Blinde Flecken ökonomisch-struktureller Gesellschaftsanalysen

Verschiedene theoretische Ansätze sehen die Entstehung und Notwendigkeit der Sozialen Arbeit in der historischen Entwicklung gesellschaftlich-ökonomischer Strukturen.

Als eine „…Reaktion auf soziale Probleme und Konflikte der entstehenden modernen Gesellschaft…“ und „…angelagert an die sozialstaatlichen Sicherungssysteme…“ hat sich die berufliche Soziale Arbeit entwickelt (Scherr 2013, 283).

Menschen, die den Anforderungen des Gemeinschaftslebens nicht gewachsen sind oder sich aus eigener Kraft nicht halten können, benötigen Hilfe (vgl. Scherpner 1974, 129). Scherpner benennt als Ursache zum einen Verarmung und zum anderen „Verwahrlosung“ sowie moralische Unzulänglichkeit (vgl. Scherpner 1974, 138).
Die Soziale Arbeit ist also für Menschen zuständig, die in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystems nicht ohne Hilfe leben können.

Doch wie genau wird von Vertretern der Sozialen Arbeit dieser Exklusionsprozess beschrieben? Welche Zusammenhänge werden dargestellt? Nur ein Verständnis und eine genaue Analyse der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge kann zum einen den Auftrag der Sozialen Arbeit klären, zum anderen aber auch notwendige Ziele und Visionen verdeutlichen. Im Folgenden möchte ich diesbezüglich auf Ausführungen von Werner Thole, Hans Thiersch, Lothar Böhnisch, Silvia Staub-Bernasconi, Heiko Kleve und Walter Hollstein eingehen.

Werner Thole
Die Aufgaben der Sozialarbeiter entstehen durch die auf „…Kapitalakkumulation zentrierten Arbeitsgesellschaften in Auseinandersetzung mit den Folgen ihrer Reichtumsproduktion“ (Thole 2012, 54). Thole spricht von einer „…Entzauberung der klassischen industriekapitalistischen Grundkonstanten…“ (ebd.). Sozialarbeiter sind von den Veränderungen selbst betroffen und müssen mit den Bedingungen einer sich enttraditionalisierenden Gesellschaft, die neue soziale Ungleichheitslagen hervorbringt, umgehen lernen (vgl. ebd.). Eine Folge sind zunehmende Individualisierungsprozesse.

Hans Thiersch
Thiersch spricht von einer zweiten Moderne, in welcher neue Anomien zunehmend deutlich werden (vgl. Thiersch 2012, 180). Zum einen wird die Lebensführung verstärkt individualisiert, zum anderen verschärfen sich die Pluralisierung und Entgrenzung von Lebenslagen (vgl. ebd.) „Ordnungen und Rahmenbedingungen in Arbeits- und Konsumverhältnissen ebenso wie in den sozialräumlichen und sozialen Bezügen geraten in den Sog einer grundlegenden Offenheit und Flexibilisierung, die wiederum im Widerspruch zu den zunehmenden gesellschaftlichen Strukturierungen im Zeichen von Rationalität und Effektivität stehen“(ebd.) Thiersch bezeichnet diese Entwicklung als einen „nackten“ Kapitalismus, der im Zeichen von Globalisierung und Neoliberalismus neue Formen von Randständigkeit und Exklusion herausbildet, „…die Angst vor dem sozialen Absturz dringt bis in die Mitte der Gesellschaft“ (ebd.) Soziale Ungleichheiten verschärfen sich, die Zugehörigkeit zu Nation, Generation oder Geschlecht diversifizieren sich, „…es entsteht die Kategorie der überflüssigen Menschen…“ (ebd.).

Thiersch u.a. postulieren, dass die Soziale Arbeit an die Sozialpolitik gebunden ist, beide verfolgen zusammen das Ziel, mehr soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu erlangen (vgl. ebd., vgl. Böhnisch/Schröer/Thiersch 2005, 225ff.). Ferner sollten Kooperationen und Koalitionen mit anderen Politikbereichen realisiert werden (vgl. Thiersch 2012, 182).
Er kritisiert, dass das Sozialstaatspostulat und die Gestaltungsansprüche der Sozialen Arbeit bis heute nicht eingelöst sind (vgl. ebd., 181), der Neoliberalismus führe sogar zur „…Dethematisierung des Sozialen und zur Privatisierung der Bewältigungsaufgaben…“ (ebd.). Im Zentrum stehen die Postulate von Fordern und Fördern, „…soziale Gerechtigkeit als Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit verhindere, so heißt es, die notwendigen Anstrengungen, sich in der Konkurrenz des Marktes zu behaupten…“ (ebd.).

In dieser Darstellung werden die Auswirkungen des neoliberalen, kapitalistischen Wirtschaftssystems und seine Auswirkungen auf die soziale Gerechtigkeit beschrieben. Auch wird eine politische Einmischung gefordert, jedoch fehlt eine Analyse geld- und währungsbedingter Zusammenhänge, welche die tieferen Ursachen für die von Thiersch beschriebenen Phänomene erklären.

Um die sozialstaatlichen Rechtsansprüche und Dienstleistungen zu schwächen, „…zu denunzieren…“, um die Austeritätspolitik „…sozialethisch zu legitimieren…“ werden die Förderung der lebensweltlichen Selbstzuständigkeiten, die Ressourcensuche nach nachbarschaftlichen und familialen Netzen, Selbsthilfeinitiativen sowie Aktivitäten des „social sponsoring“ vorgeschoben (vgl. Thiersch 2012, 194). Im Zuge dieser Strategien wird über Sicherheit und Disziplinierung, dichtere Kontrollen, geschlossene Unterbringung und härtere Strafen gegenüber denen, die nicht in der Gesellschaft zurechtkommen, diskutiert (vgl. ebd.).

Thiersch kritisiert hier die Sparmaßnahmen im Bereich der Sozialausgaben, sowie den Einfluss der knappen Kassen auf die angewandten Methoden und im weitesten Sinne auch auf die Lehre der Sozialen Arbeit. Inwieweit sich ein „selbstverständlich“ gewordener Anpassungsprozess an die ökonomischen „Ist-Zustände“ entwickelt hat, sollte hinterfragt werden. Doch ist der Staat auf Grund des nationalen und globalen

wirtschaftlichen Drucks nicht zu derartigen Sparmaßnahmen gezwungen? Die Soziale Arbeit ist in ihren Handlungsmöglichkeiten dadurch eingeschränkt und muss entsprechend mit Rationalisierungen reagieren. Wie aber kommt es zu derartigen Verhältnissen, warum haben wir diese Situation, was ist sind die tieferen Ursachen?

Lothar Böhnisch
Nach Böhnisch (2012, 219) kann Soziale Arbeit als „…gesellschaftlich institutionalisierte Reaktionen auf typische psychosoziale Bewältigungsprobleme in der Folge gesellschaftlich bedingter sozialer Desintegration…“ betrachtet werden. Er spricht von einer sozial-desintegrativen strukturellen Dauerkrise des arbeitsteiligen Industriekapitalismus, die „…nicht aufhebbar ist…“ (ebd.), so müssen ihre „…Folgen für den und am Einzelnen behandelt, also pädagogisch transformiert werden…“ (ebd.).

Jedoch ist in der jetzigen Phase des technologisch sich verselbstständigenden digitalen Kapitalismus der Sozialstaat wieder in eine Krise geraten (vgl. Böhnisch 2012, 231). Diese ist aber von ihrer Struktur und Logik her nicht mehr mit den vorangegangen vergleichbar. Durch die Internationalisierung des Kapitaleinsatzes, die Auslagerung von Arbeit sowie Steuerflucht „verweigert“ sich die „…ökonomische Prosperität…“ dem Sozialstaat und belastet ihn auch zusätzlich durch die strukturelle Massenarbeitslosigkeit und durch Rationalisierungen (vgl. ebd.). Der Staat leidet unter der Globalisierung. Um den Standortvorteil im globalen Wettbewerb zu sichern, muss die nationale Ökonomie teilweise subventioniert werden, trotzdem steigen die Arbeitslosenzahlen und die Steuereinnahmen sinken (vgl. ebd.).

Im Unterschied zum Industriekapitalismus ist der digitale und internationalisierte Kapitalismus dem Nationalstaat entzogen und nicht mehr auf Massenarbeit angewiesen. Die zähmende Wirkung des Sozialstaates auf die ökonomische Wachstumslogik ist begrenzt (vgl. ebd.). Die technologisch induzierte Verselbstständigung des Kapitals gegenüber der Massenarbeit folgt dem Prinzip postmoderner segmentierter Arbeitsteilung. „Dies führt zur sozial erweiterten Freisetzung eines Teils und zur sozial regressiven Freisetzung des anderen Teils, nämlich der «nichtproduktiven» Gruppen der Bevölkerung.“ (ebd.) Gleichzeitig kann eine zunehmende Entkoppelung von Systemintegration und Sozialintegration beobachtet werden. Auch, wenn sich viele Menschen freier von gesellschaftlichen Zwängen fühlen, haben sie oft wenig überindividuelle Ressourcen, um eigene sozialintegrative Aktivitäten zu entwickeln (vgl. ebd.). „Denn sie sind ja nicht so frei, wie vielerorts unterstellt: Das ökonomische System ist zwar den Lebenswelten entrückt, für die meisten Menschen nicht mehr überblickbar, aber es wirkt massiv in diese hinein.“(ebd.)

Im Bereich der Bildungsinvestitionen werden wettbewerbsfähige und ökonomisch verwertbare Qualifikation benötigt, „…zu Lasten der pädagogischen Balance und sozialen Chancengleichheit…“ (ebd., 230). Dadurch entsteht ein Druck auf die Individuen. Zum einen werden die eigengestaltbaren Spielräume enger, der Druck zu „…utilitaristischen Lebens- und konkurrenten Sozialorientierung steigt…“, die sozialstaatliche Akzeptanz gegenüber der Notwendigkeit von Sozialinvestitionen für ökonomisch nicht verwertbare „Bewältigungskonstellationen“ sinkt (vgl. ebd.).

Böhnisch beschreibt ausführlich die Folgen des digitalen und internationalen Kapitalismus und die Auswirkungen auf die Menschen. Es werden auch einige

ökonomische Zusammenhänge und Ursachen erwähnt. Diese marxistisch orientierten Erläuterungen blenden jedoch grundlegende monetäre Geld- und Währungskreisläufe aus, welche für die Erarbeitung von Lösungsansätzen notwendig sind.

Weitere Ansatzpunkte für unsere Überlegungen finden wir bei Silvia Staub-Bernasconi:

Silvia Staub-Bernasconi
Der Hilfe- oder/und Lernbedürftige ist im neoliberalen Paradigma ein „Wirtschaftsbürger", er ist ein „Nutzenmaximierer", der „…insbesondere als (wirtschaftlicher) Leistungsträger auf dem Arbeitsmarkt, aber je nachdem auch als Partner auf dem Heiratsmarkt, als Erzieher auf dem Bildungsmarkt oder als Bürger einer Zivilgesellschaft, durch Delikte gegen Eigentum, Leib oder Leben, versagt hat…" (vgl. ebd.). „Die zentralen diagnostischen Kategorien sind seine Verwertbarkeit (Employability) als Arbeitnehmer, ErzieherIn usw., seine Fähigkeiten/Ressourcen (Capabilities) sowie sein Wille zur Selbststeuerung." (ebd.)

Staub-Bernasconi kritisiert, dass das neoliberale Paradigma die Befriedigung von Bedürfnissen nach Schutz, Fürsorglichkeit, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit übersieht. (vgl. ebd. 23). Die Interaktionsbeziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft können im Neoliberalismus als ein Bild von „Menschen-ohne-Gesellschaft" verstanden werden, Es fehlt die Frage nach den „Menschen-in-der-Gesellschaft" (ebd., 23).

Die Soziale Arbeit ist von dem neoliberalen Paradigma beeinflusst, bei wachsender Nachfrage ist sie zu einer effektiven und effizienten strategischen Planung und Steuerung kommunaler Dienstleistungsproduktion gezwungen (vgl. Staub-Bernasconi 2007, 5). Die Politik und Öffentlichkeit verlangen die Offenlegung der Wirksamkeit von Interventionen und deren Wirtschaftlichkeit bei der Verwendung der Mittel. Dies stellt oftmals eine Überforderung dar (vgl. ebd.).

Die Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen werden auch von Staub-Bernasconi in Zusammenhang mit dem neoliberalen Wirtschaftssystem gebracht. Insbesondere kritisiert sie den Vorrang des freien Marktes, welcher ein humanes Gesellschaftssystem vermissen lässt. In ihren Ausführungen wird deutlich, dass ökonomische Modelle den Rahmen und die Möglichkeiten des gesellschaftlichen Zusammenlebens schaffen. Allerdings muss auch hier angemerkt werden, dass auch der neoliberalen Wirtschaftsform ein Geld- und Währungssystem zugrunde liegt. Nur wenn die Fehler dieser Konstruktion verstanden werden, können sinnvoll Lösungen und in der Folge auch Gesellschaftssysteme mit menschlichen Werten und sozialer Gerechtigkeit geschaffen werden.

Heiko Kleve
Auch Kleve argumentiert in ähnlicher Weise wie die bereits zitierten Autoren. Denn die gesellschaftliche Modernisierung bringt nicht nur den gesellschaftlichen individuellen Wohlstand, sondern produziert womöglich im selben Ausmaße auch Massenarmut und psycho-soziale Probleme (vgl. Kleve 1999, 370). Dies könnte man als ein Ergebnis der Ambivalenz deuten (vgl. ebd.). „Im weiteren Sinn erscheint die Sozialarbeit als die gesellschaftliche Praxis, die der modernen Gleichzeitigkeit gegensätzlicher, sich wiedersprechender Tendenzen entspringt und sich dieser

widmet, die also beispielweise die durch Rationalisierung produzierte Irrationalität zu rationalisieren, die durch Arbeit produzierten (Sinn-)Abfälle zu recyclen, die durch Lösungen produzierten Probleme zu lösen versucht.“ (ebd.) Die Sozialarbeit kann demnach als ein „Symptom der Krise der Moderne“ bezeichnet werden (ebd.). Die Notwendigkeit einer Ausdifferenzierung der professionellen Sozialen Arbeit durch den systematischen gesellschaftlichen Modernisierungsprozess hat Probleme geschaffen, „…denen man sich systemisch, also funktional, spezialisiert und formal organisiert annehmen…“ muss. Diese Ambivalenz der Moderne entspricht nach Kleve der Dialektik der Aufklärung (vgl. ebd.; vgl. Horkheimer/Adorno, 1969).

Kleve bezeichnet die Sozialarbeit in seiner gesellschaftlichen Funktion als „Inklusions-/Exklusionsmanagement“ (vgl. Baecker 1994; Fucht/Schneider 1995, Kleve 1997 zit. n. Kleve 1999, 376). Soziale Arbeit beschäftigt sich mit den aus den Funktionssystemen exkludierten Personen, um diese in ihr System zu inkludieren und um sie dann „…bestenfalls erneut in die Inklusion der Funktionsysteme Wirtschaft, Recht, Erziehung, Politik etc. entlassen zu können bzw. deren dauerhafte Exklusion aus diesen Systemen zu verwalten, diese Personen gewissermaßen lebenslänglich zu betreuen“(ebd.).

Das systemische Denken steht dem linearen Ursache-Wirkungsprinzip diametral entgegen. Vermutlich werden auch deswegen keine weiteren ökonomischen Ursachen beleuchtet. Deshalb bietet auch dieser Ansatz keine Anknüpfungspunkte für sinnvolle gesellschaftlich strukturelle Lösungsstrategien im Hinblick auf unser Vorhaben.

Auf einen letzten Ansatz möchte ich noch kurz eingehen:

Walter Hollstein und Marianne Meinhold
Einige Autoren haben in Anlehnung an die marxistische Gesellschaftstheorie über die gesellschaftliche Funktion der Sozialarbeit im Kapitalismus nachgedacht (vgl. Hollstein/Meinhold 1973; Peters/Cremer-Schäfer 1975).
Nach Hollstein/Meinhold (1973, 190) delegiert der Staat „…seine Funktion der sozialen Kontrolle an seine Machtinstrumente wie Polizei, Strafbehörden und Sozialarbeit.“ Die Gesellschaftsordnung des Staates wird als gerecht ausgegeben, es werden durch Gesetze Normen definiert, Abweichungen werden sanktioniert (vgl. ebd.). Dabei kommt den Sozialarbeitern die Aufgabe einer „Agentur der sozialen Kontrolle“ zu, bei einer strikten Nichtbeachtung der gültigen Normen kommt die Klientenschaft in Kontakt mit den therapeutischen Organen der Fallhilfe, der Psychiatrie, der Erziehungsstätten, in schwerwiegenderen Fällen auch mit der Strafjustiz und Gefängnissen. Diese Kontrollfunktion wird in einem „…Mixtum von Assistenz und Repression…generell als Hilfeleistung ausgegeben…“ (ebd., 191). Sozialarbeiter benutzen subtilere Mittel sozialer Kontrolle als die Polizei, dazu gehören „Überredung oder Überzeugung und Bekehrung“ (ebd., 193).

In ähnlicher Weise betrachten Peters/Cremer-Schäfer (1975) die Soziale Arbeit als ein herrschaftsstabilisierendes Kontrollinstrument, sie bezeichnen die Sozialarbeiter als „sanfte Kontrolleure“.

Die Autoren postulieren, dass mächtige Kapitalisten von dieser Kontrollfunktion profitieren, die Soziale Arbeit stellt sich in deren Dienste. Die eingangs beschriebene Situation in Griechenland könnte im Sinne dieser Ansätze hinterfragt werden. Aber

auch hier wird nicht nach den eigentlichen Ursachen und aufrechterhaltenden Faktoren dieser Systemdynamik eingegangen.

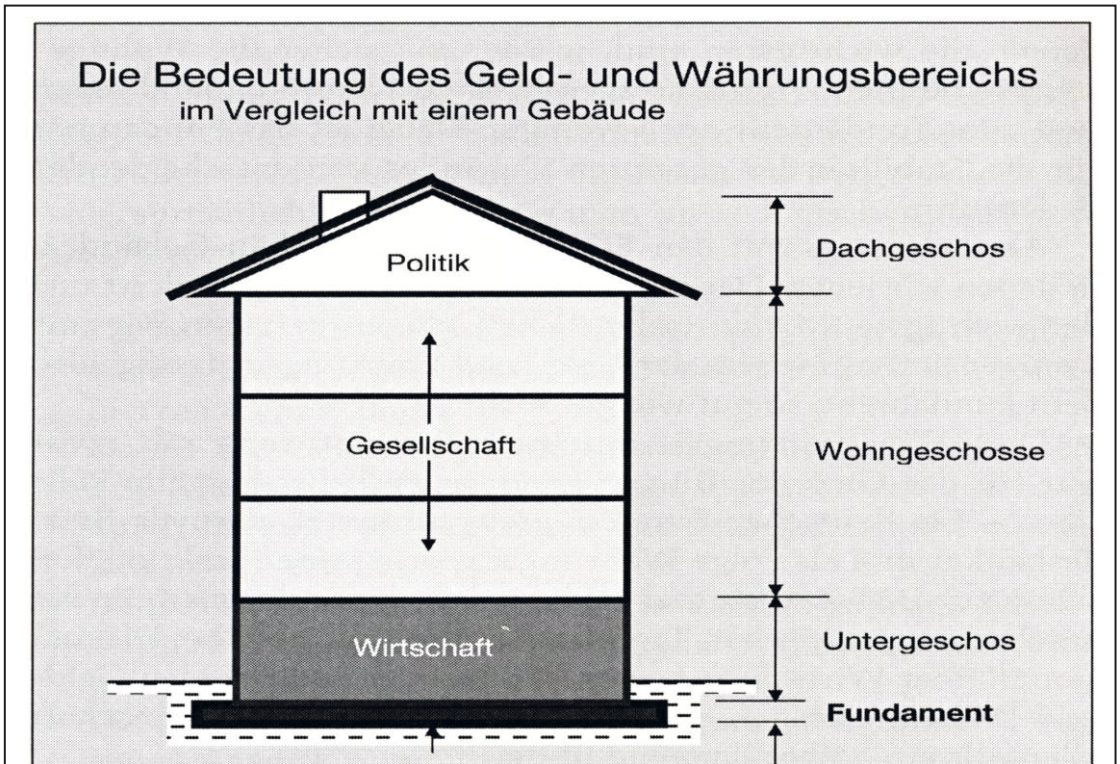
Zwischenfazit
Alle zitierten Ansätze klammern grundlegende Geld- und Währungskonstrukte aus. Sicherlich ist das primäre Ziel der Theorien, den Gegenstandsbereich der Sozialen Arbeit im Hinblick auf die Profession und Disziplin zu beschreiben sowie entsprechende Entwicklungen darzustellen. Jedoch glaube ich, dass im Sinne einer gewissen Betriebsblindheit ausgeblendet wird, dass ein wesentliches Ziel Sozialer Arbeit, nämlich mehr soziale Gerechtigkeit zu erlangen, nur über das Erkennen und Verstehen von fehlerhaften Entwicklungen in unserem Geldsystem erfolgen kann. Erst dann können sinnvolle Lösungsstrategien gefunden werden, zu denen sich die Sozialarbeiter in der Praxis oder Lehre positionieren sollten.

Den Ursachen auf den Grund gehen…

In diesem Abschnitt möchte ich auf die in den oben zitierten theoretischen Ansätzen nicht beachteten ökonomisch-monetären Zusammenhänge und deren Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Strukturen eingehen.

Geld und Währung als Fundament
Zunächst möchte ich ein Modell von Helumt Creutz erläutern (siehe Grafik unten). Er postuliert, dass das Geld- und Währungssystem ein Wirtschafts- und darauf aufbauend ein Gesellschaftssystem grundlegend strukturiert. Gesellschaftliche Strukturen entwickeln sich auf der Basis eines grundlegenden Geldsystems. Deswegen muss eine Analyse sowie Betrachtung von Ursachen und deren Auswirkungen an diesen Wurzeln ansetzen.

Helmut Creutz macht die Bedeutung von Geld und Währung in einem bildlichen Vergleich mit einem Gebäude deutlich. Das Fundament wird vom Geld- und Währungssystem gebildet, im Untergeschoss befindet sich die Wirtschaft, gefolgt von der Gesellschaft im Mittelbau, die Politik befindet sich im Dachgeschoss (vgl. Creutz 2014, 22).



Creutz 2014, 22

Die Theorien der Sozialen Arbeit setzen vor allem auf der gesellschaftlichen Ebene an, gehen auf wirtschaftliche Zusammenhänge ein, betrachten aber nicht deren Grund. Dadurch wird der Kern vieler sozialer Probleme nicht erkannt und es können auch keine nachhaltigen Lösungsansätze gefunden werden (vgl. Schachameier 2016; ebenso die folgenden Ausführungen bis Seite 9).

Insbesondere, weil die professionellen Sozialarbeiter in der täglichen Praxis so nah mit den negativen Auswirkungen unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems konfrontiert sind, sollten sie zu den Ursachen Stellung beziehen und sich auf dieser Basis zu sinnvollen Lösungsansätzen positionieren (ebd.).

Ein Schlüssel für ein tieferes Verständnis der problematischen Dynamiken und der sich daraus ergebenden sozialen Problemlagen liegt in grundlegenden Fehlern unseres Geldsystems.

Autoren wie Helmut Creutz (2014), Magrit Kennedy (2011) oder Bernd Senf (2014a, 2014b) beschreiben Fehlkonstruktionen unseres Geldsystems, welche zu einer immer ungerechteren Vermögensumverteilung führen und die Schere zwischen Arm und Reich immer größer werden lassen. Dies führt auch zu einer Zunahme sozialer Spannungen und Konflikte. Die Ursachen für diese Dynamik sehen die Autoren vor allem im Zins und Zinseszins sowie in den Prozessen der Geldschöpfung.

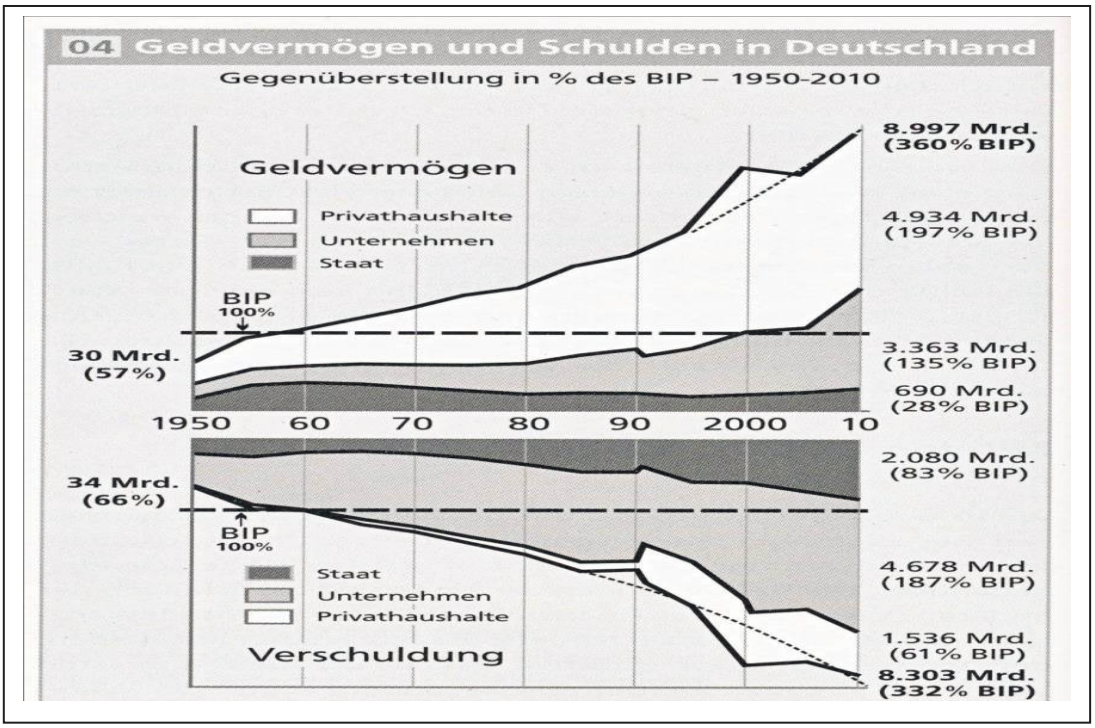
Zinseszins und Armut
Als Dogma wird weitgehend angenommen, dass man für das Sparen Zinsen erhält und für geliehenes Geld Zinsen bezahlen muss. (vgl. Kennedy 2011, vgl. Wendt 2015)

Jedoch auch ohne Schulden bezahlt jeder Bürger Zinsen. „Denn in jedem Preis, den wir entrichten, ist ein Zinsanteil enthalten, den die Produzenten der gekauften Güter und Dienstleistungen einer Bank zahlen müssen, um mit dem geliehenen Geld Maschinen und Geräte anzuschaffen oder Löhne zu zahlen. Bei den Müllgebühren zum Beispiel lag dieser Anteil schon in den 80er Jahren bei etwa 12%, beim Trinkwasserpreis bei 38% und bei der Miete im sozialen Wohnungsbau erreichte er sogar 77%.“ (Kennedy 2011, 29) 40% der Ausgaben eines privaten Haushaltes sind im Durchschnitt in Preisen enthaltene Zinsen (vgl. Creutz 2001, 2004; Humane Wirtschaft o.J.). Stellt man die Zinseinnahmen den Zinsausgaben gegenüber, so zeigt sich, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung zu den „Gewinnern“ zählt. 85%-90% der Haushalte gehören zu den Verlierern (vgl. ebd.).

Etwa 80% der Bevölkerung in Deutschland zahlen an versteckten Zinsen durchschnittlich doppelt so viel, wie sie selbst an Zinsen einnehmen (vgl. Kennendy 2011, 30). „10% der Bevölkerung besitzen ausreichend Vermögen, um über ihre

Geldanlagen den Anteil, den die große Mehrheit verliert, an Zinsen dazuzubekommen.” (ebd.)
Dabei gewinnt diese Minderheit genau so viel dazu, wie die Mehrheit per Saldo verliert. Täglich wandern 800 bis 1000 Millionen Euro von Arm zu Reich (vgl. Creutz 2001, 2004; Humane Wirtschaft o.J.).

Mit dem Geldvermögen wachsen also auch die Schulden. In Deutschland schätzt man das gesamte Geldvermögen der Privathaushalte, der Unternehmen und des Staates im Jahr 2010 auf ca. 8.997Mrd € bei einer Gesamtverschuldung von 8.303 Mrd. €. Somit stehen dem Geldvermögen fast in gleicher Höhe Schulden gegenüber (vgl. Kennedy 2011, 25, 26). Das Geld der „Reichen“, die Zinseinnahmen, wird über die Preise und Steuern von den „Armen“ bezahlt. Dadurch trägt unser Geldsystem zur wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich bei – sowohl national wie global (vgl. Kennedy 2011, 30). Vermögens- und Schuldenentwicklungen bedingen sich also gegenseitig.



Creutz/Bundesbank 2010 zit. n. Kennedy 2012

Das spiegelbildliche Wachstum der Schulden sowie des Vermögens geht immer steiler und schneller auseinander. Der Grund ist das exponentielle Wachstumsmuster des Zinseszinses (vgl. Kennedy 2011, 21, 22). Dies führt letztlich zu einem Wachstumszwang. „Der Zins, den die Bank verlangt, ist der wichtigste Preis in unserer Wirtschaft. Der Preis für Geld. Er setzt die unterste Grenze für das, was wir als „wirtschaftlich“ betrachten. Deshalb hat die Wirtschaft keine Wahl: Sie muss ein exponentielles Wachstum anstreben. Ohne wenigstens die Zinsen für aufgenommene Kredite zu verdienen und einen darüber hinausgehenden Gewinn zu erzielen, wird kein Unternehmen in neue Projekte investieren und langfristig überleben können.“ (Kennedy 2011, 21, 22)

Die Rückzahlung von Krediten durch den Zinsanteil ist mit einem Mehraufwand für die Schuldner verbunden. Dadurch entsteht für die Volkswirtschaft ein Wachstumszwang.
Letztlich entwickelt sich eine Teufelsspirale, die langfristig zum Zusammenbruch führen muss.

Sehr deutlich wird dieses Problem am Beispiel der Länder der Dritten Welt: Die Entwicklungsländer zahlen jeden Tag dreihundert Millionen Dollar an Zinszahlungen, eine Summe, die zwei- bis dreimal über dem liegt, was wir ihnen als „Entwicklungshilfe“ gewähren (vgl. ebd., 90).

Prof. Berger erläutert dies mit einem Beispiel:
Wenn ein Mensch vor ca. 2000 Jahren eine Münze im heutigen Wert von ungefähr einem halben Cent mit 5% Zinsen angelegt hätte, dann verdoppelt sich das Kapital alle vierzehn Jahre. Nach etwa 300 Jahren hätte unser Vorfahre ein Kilogramm Feingold zum heutigen Rohstoffpreis besessen (vgl. Berger 2000, 2). „Im Jahre 1466 hätten die Zinseszinsen daraus eine massive Goldkugel von der Größe des Planeten Erde werden lassen. Im Jahre 1749 wären es eine Million Goldkugeln dieser Größe gewesen“ (ebd.). Im Jahre 2004 wären es 268 Milliarden massive Feingold-Kugeln von der Größe der Erde (vgl. Berger 2000, 2).

Kennedy erklärt, dass jedes auf Zins basierende Geldsystem langfristig scheitern muss: Bei einem Zinssatz von 1% verdoppelt sich ein Vermögen in 72 Jahren, bei 12% in 6 Jahren (vgl. Kennedy 2011, 20). „In Volkswirtschaften mit relativ geringen Zinssätzen, wie beispielsweise in Deutschland, dauert dieser Prozess länger, zumeist einige Jahrzehnte; in Lateinamerika hingegen, wo Zinssätze für Hypothekenkredite zwischen 20% und 40% keine Ausnahme sind, kommt es schon in relativ kurzen Abständen zum Zusammenbruch des Geldsystems.“ (ebd., 20)

Geldhortung und Deflation
Der Ökonom Bernd Senf erklärt die beschriebenen Zusammenhänge in einem Kreislaufmodell (vgl. Senf 2016, 2014a, 2014b):

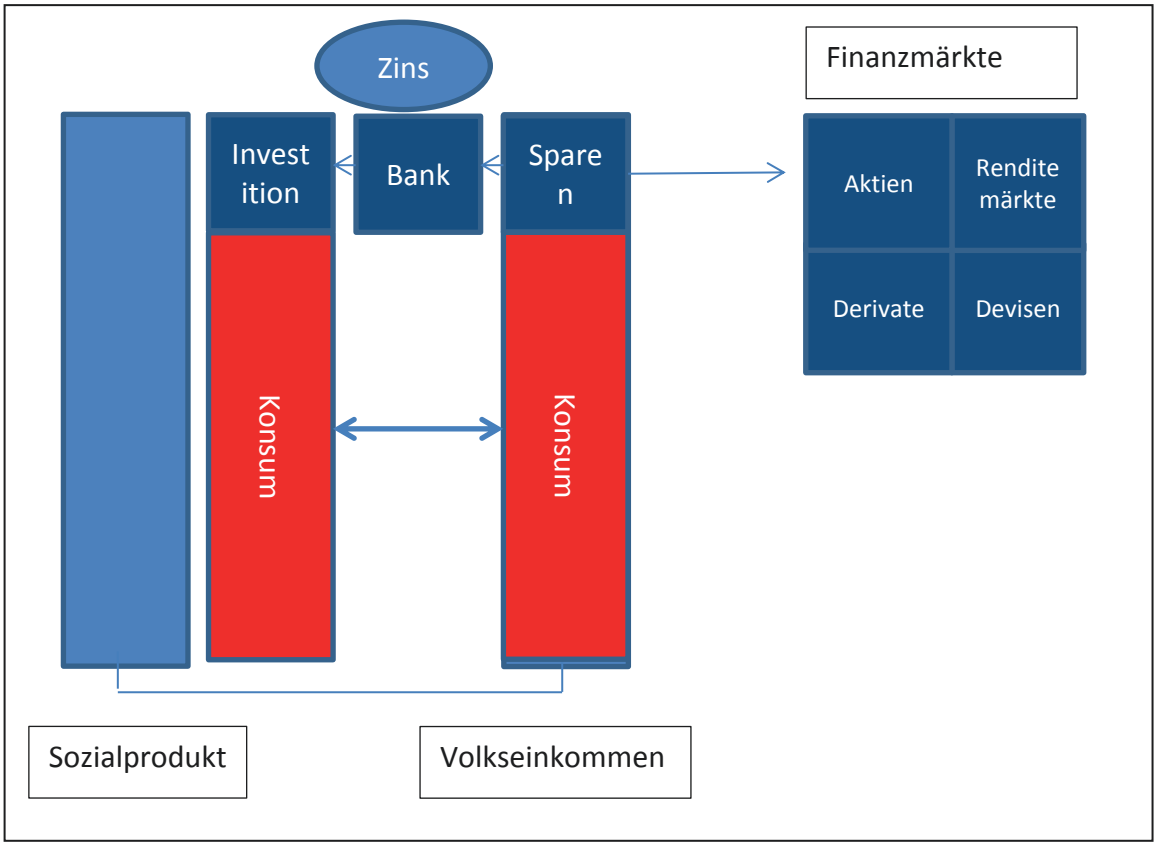


Abbildung in Anlehnung an Senf (2016, 2014)

Die linken Balken in der Grafik oben stellen das Sozialprodukt eines Landes oder auch der Weltwirtschaft dar, daneben symbolisiert der Balken in der Mitte das Volkseinkommen oder Vermögen. Beide Größen bedingen sich gegenseitig und entwickeln sich parallel.

Das Vermögen oder Volkseinkommen bildet die Nachfrage nach dem Sozialprodukt, insbesondere nach den Konsumgütern. Auf der Seite des Volkseinkommens bleibt jedoch ein Sparanteil übrig (Sparen). Die Funktion des Zinses sollte nun eigentlich die Regulation dieser Nachfragelücke sein, denn als Sparzins lockt er das Geld auf den Kapitalmarkt. Über die Banken wird dieses in Form von Krediten weitergeleitet an Unternehmen, damit diese Investitionsgüter kaufen können. Dadurch wäre der Kreislauf geschlossen und die Nachfrage entspräche dem Angebot des Sozialproduktes.

Nun stellt sich die Frage, ob der Sparanteil und der Kreditanteil immer im Gleichgewicht sind?

Senf bezieht sich in folgenden Überlegungen auf Gesell (vgl. 2009):
Wenn nun über die Jahrzehnte immer mehr produziert wird, dann werden auch immer größere Absatzmärkte gebraucht. Jedoch sind einem stetigen

Wirtschaftswachstum Grenzen gesetzt, beispielsweise durch die Knappheit der Ressourcen und Rohstoffe, aber auch durch Marktsättigungen.

Schließlich wird es für Investoren in der Realwirtschaft immer schwieriger, gute Renditen zu erzielen, die Erlöse vermindern sich, die Kosten erhöhen sich. Senf deutet darauf hin, dass auch Marx und Keynes zu ähnlichen Schlüssen gelangt sind. Marx sprach von sinkenden Profitraten (Marx 2015) und Keynes nannte dies die abnehmende Grenzfähigkeit des Kapitals (Keynes 2009).

In der Folge können die Banken, wenn die Rendite sinkt, nicht mehr den gleichen Zins für Kredite verlangen, da die Unternehmen damit überfordert wären. Der Kreditzins wird gesenkt und in Folge auch der Sparzins (vgl. Senf 2016, 2014a, 2014b). Dadurch wird Geld aus dem Realwirtschaftskreislauf zurückgehalten. Das hat Gesell als Geldhorten bezeichnet (vgl. Gesell 2009).

Schließlich sinken die Investitionen und es entsteht ein Überangebot an Sozialprodukt. Die Folgen sind Preissenkungen, Erlöse der Unternehmen gehen zurück, es kommt zu Entlassungen. Die Löhne fallen also weg oder sinken, dadurch vermindern sich Volkseinkommen und Nachfrage. Es entsteht ein deflationärer Teufelskreislauf mit immer mehr Arbeitslosigkeit und sozialer Not.

Das zurückgehaltene Geld sucht sich dann andere Möglichkeiten der Profitmaximierung und fließt in die spekulativen Finanzmärkte an Aktienbörsen, Rendite-, Derivat- oder Devisenmärkte (vgl. Senf 2016, 2014a, 2014b).

Des Weiteren spricht Senf das Problem der Geldschöpfung an, welches von den Zentralbanken im Grunde aus dem Nichts geschaffen werden kann. Aber auch Geschäftsbanken schöpfen Giralgeld mit einem nur schmalen Sockel an Zentralbankgeld (vgl. ebd.). Die Zentralbanken versuchen, mit inflationären Maßnahmen den deflationären Prozessen entgegenzuwirken, indem sie die Geldmenge erhöhen.

„Heute stehen die Leiter der Zentralbanken vor dem Problem, die bereits zu groß geratene Geldmenge immer weiter aufblähen zu müssen, um den Aufschuldungsprozess in Gang zu halten und das Schlimmste, nämlich Deflation und Crash, zu verhindern. Von Kontrolle kann da schon jetzt keine Rede mehr sein. Es sei denn, man könnte sich weltweit entschließen, sich rücksichtslos die Wahrheit vor Augen zu führen, nämlich: Unsere Staatsschulden wachsen schneller als unser Bruttosozialprodukt. Also ist der Staatsbankrott nur noch eine Frage der Zeit. Da jeder Aufschub eigentlich alles nur noch verschlimmern kann, lasst uns ein Erlassjahr einführen, indem wir alle Schulden vernichten und von vorn anfangen – mit einem neuen Geldsystem, das auf Dauer bestehen kann.“(Kennedy 2006, 153, 154)

Nullzinspolitik

Es wird dabei gerne übersehen, dass die aktuelle Nullzins- und Negativzinspolitik bereits Ausdruck einer krisenhaften Entwicklung ist. Durch Zins und Zinseszinsdynamiken können die exponentiell wachsenden Vermögen nicht mehr bedient werden, eine Zinssenkung wirkt dem entgegen. Außerdem soll dadurch die bereits größtenteils gesättigte Wirtschaft zum Wachstum angekurbelt werden. Jedoch macht es der niedrige Zinssatz Spekulanten möglich, mit „billigem Geld“ zu

spekulieren. Es fließt nicht, wie erhofft, in Investitionen, um die Realwirtschaft anzukurbeln (vgl. Wolff 2016).
Die Realwirtschaft stagniert und schrumpft derzeit, weil ihr das Blut in Form von Kapital entzogen wird. Der Finanzsektor wuchert unkontrollierbar weiter (vgl. Wolff 2016).

Die Prinzipien der Kapitalvermehrung durch Zins und Zinseszins, wie z.B. bei der kapitalgedeckten Altersvorsorge, funktionieren dadurch nicht mehr. So werden bisher zur Vorsicht neigende Anleger wie Pensionsfonds, Rentenkassen und Krankenkassen gezwungen, „…konservative Anlageformen über Bord zu werfen und durch Spekulation an den Finanzmärkten immer höhere Risiken einzugehen“ (vgl. Wolff 2016).

Des Weiteren müssen auch kleinere und mittlere Banken nach „Rezepten suchen, um die Verluste in ihrem früheren Kerngeschäft - der Kreditvergabe - auszugleichen (vgl. ebd.).

Einer der größten Gefahren lauert im Bereich der Derivate (Finanzwetten), deren Umfang von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich auf zurzeit ca. $550 Billionen geschätzt wird, darunter z.B. die Kreditausfallversicherungen.
Senf weist darauf hin, dass diese „Blasen“ gezwungener Maßnahmen irgendwann platzen müssen (vgl. Senf 2016).

Zukünftige Entwicklungen
Wolff (2016) vermutet folgende Entwicklung für die kommende Zeit:
„Die vor uns liegende Phase wird von folgenden Entwicklungen geprägt sein: Die Unternehmen werden unter dem Schlagwort: „Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit“ alles daran setzen, Löhne zu senken, Entlassungen vorzunehmen, Arbeitsbedingungen zu verschärfen und Leistungen wie Renten und Sonderzahlungen zu kürzen, um auf diese Weise die Gewinne für die Investoren zu erhöhen. Die Staaten wiederum werden diese Maßnahmen durch weitere Austeritätsprogramme flankieren, Sozialleistungen einschränken, öffentlich Bedienstete entlassen, Mindestlöhne senken und die Infrastruktur weiter zerfallen lassen. Außerdem werden sie den Gewalt- und Überwachungsapparat (Militär, Polizei und Geheimdienste) ausbauen, um sich gegen den zu erwartenden Widerstand seitens der Bevölkerung zu wappnen.“ (ebd.)

Sollten diese Maßnahmen nicht ausreichen, werden die Vermögen von Anteilseignern, Einlegern und Sparern zum Teil konfisziert, um die Geldinstitute am Leben zu erhalten. Großinvestoren werden ihr Geld rechtzeitig in Sicherheit bringen (vgl. ebd.).

Deflationäre Prozesse können auch den Boden für das Wachstum von linken und rechten Extremen bereitstellen. Beispielsweise haben die Folgen der Weltwirtschaftskrise von 1929 die Entwicklungen des Faschismus begünstigt und vielleicht sogar überhaupt erst möglich gemacht.
Im schlimmsten Fall kann es also zum Krieg kommen, durch Investitionen in die Rüstung kann damit das weitere Schuldenmachen legitimiert oder begründet werden. In der Menschheitsgeschichte werden als offizielle Kriegsgründe fast immer ethnische, religiöse und politische Konflikte genannt, doch diese Unruhen kommen

erst in Gang, wenn die sozialen Bedingungen unerträglich und ökonomische Schwierigkeiten zu groß werden (vgl. Halach 2006).

Soziale Arbeit in Griechenland
Aktuell können die Auswirkungen unseres Geld- und Währungssystems am Beispiel von Griechenland betrachtet werden. Durch die Überschuldung ist es zu deflationären Prozessen gekommen, die zu einer hohen Arbeitslosenquote von bis zu 27% geführt haben sowie zu Lohnkürzungen und zu einer sinkenden Nachfrage. Die Schuldensituation in Griechenland hat sich nicht wesentlich verbessert (Kalliga 2013). Aber durch die Kürzungen bei den Renten und Sozialleistungen erlebt das Land eine wachsende Verarmung und immer stärker werdende soziale Spannungen. Zudem verschlechtert sich auch die medizinische Versorgung. Das Land wird ausgesaugt, um die Gläubiger zu bedienen.

Dies hat auch Auswirkungen auf die Soziale Arbeit. Beispielsweise werden immer mehr Kinder von ihren Eltern in SOS Kinderdörfer gebracht, weil sie große wirtschaftliche Probleme haben und ihre Kinder nicht mehr ernähren können (vgl. Menke 2016). Der erzwungene Sparkurs der Regierung beeinträchtigt die sozialen Einrichtungen zunehmend, vor allem werden keine Sozialarbeiter mehr eingestellt bei gelichzeitigen erhöhten Bedarfen (vgl. ebd.).

Griechenland hat ca. zwölf Millionen Einwohner, davon droht 3.500.000 Menschen in 902.000 Haushalten Armut und Ausschluss, „…21 Prozent der griechischen Bevölkerung leben von weniger als dem Mindestlohn von 470 Euro im Monat, jeder dritte Grieche kann seine Miete oder Hypothek nicht mehr bezahlen und sich nicht einmal alle zwei Tage eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder frischem Gemüse leisten, jeder Dritte konnte es sich diesen Winter nicht leisten, seine Wohnung zu heizen…“ (Kalliga 2013).

In der Folge nehmen rechte und linke Extreme zu, die Fremdenfeindlichkeit steigt, rassistische Übergriffe werden häufiger (vgl. ebd.). Es steigt die Anzahl an Depressionen und Selbstmorden (vgl. ebd.).
Darüber hinaus muss bedacht werden, dass sich die Verschuldungssituation im Verhältnis zum BIP nicht verbessert hat. 2009 betrugen die Staatsschulden 129% des BIP, 2015 waren es ca. 178% (vgl. Statista 2016).

Deutschland
Aber auch in Deutschland können die Auswirkungen des globalen Kapitalismus beobachtet werden. „Durch die Agenda 2010 hat Schröder den Standort Deutschland verbilligt. Seitdem boomt die deutsche Wirtschaft, aber Ungleichheit und soziale Spaltung haben wieder ein Stück zugenommen.“ (Jenner 2015) Denn im Kapitalismus bedeuten Niedriglöhne bessere Produktivität und dadurch Wettbewerbsfähigkeit, um angeblich mehr Wachstum und Wohlstand zu erzeugen.

Die Folgen sind unter anderem zunehmende rechte Gesinnungen. „Das eigentliche Übel der Globalisierung liegt deshalb in der vor ihr bewirkten zunehmenden Ungleichheit unter den Bürgern, denn die Einfuhr von Produkten der Billiganbieter trifft ja zunächst nicht die Reichen im Lande, nicht die großen Unternehmer, die Führungskräfte und Fachspezialisten, die Forscher und allgemein die höheren Angestellten, sondern ganz massiv die Masse der Arbeitnehmer, die nun in Konkurrenz mit der Masse ausländischer Arbeiter stehen, die ihre Leistung selbst

noch für Überlebenslöhne anbieten.“ (Jenner 2016) Es entsteht ein zunehmendes Ungleichgewicht: Eine von unten nach oben sich durchfressende Verarmung. Die Hauptursache für den sozialen Protest der Massen und ihrer Empfänglichkeit für rechtsextreme Parolen, denn die Angst vor den Fremden, die man – zu Recht oder Unrecht als zusätzliche Konkurrenz empfindet – ist nur ein weiterer Ausdruck für die in ganz Europa grassierende „Malaise“ (vgl. ebd.).

Die Soziale Arbeit muss auf die Folgen unseres Geldsystems reagieren, sei es Armut oder Rechtsextremismus. Auch die Zunahme der psychischen Erkrankungen, von denen viele Klienten betroffen sind, kann in diesem Zusammenhang verstanden werden (vgl. AOK 2011). Die Soziale Arbeit begegnet diesen Zuständen, versucht zu helfen und die Problemlagen zu entschärfen.

Aus den Erläuterungen in diesem Abschnitt dürfte deutlich geworden sein, dass durch die Analyse der monetären Kreisläufe weiter reichende Schlussfolgerungen gezogen werden können. Die Zusammenhänge von ökonomisch-monetären Rahmenbedingungen und deren Auswirkung auf das gesellschaftliche Zusammenleben wurde aufgezeigt. Doch welche Lösungsansätze können nun daraus erschlossen werden?
Die Geschichte hat gezeigt, dass eine planwirtschaftliche Verstaatlichung der Produktionsmittel nicht die Lösung sein kann (vgl. Senf 2014b, 112).

Im Folgenden Abschnitt werden auf der Basis der dargestellten Zusammenhänge nachhaltige Lösungsansätze dargestellt.

Von der Profit- und Spekulationsökonomie zu einer Versorgungsökonomie

Wenn die Soziale Arbeit das Ziel hat, Armut zu verringern und Soziale Gerechtigkeit zu fördern, dann muss sie sich mit den ursächlichen ökonomischen Bedingungen auseinandersetzen, diese verstehen und Lösungsansätze entwickeln. Es sollte weder der Profession noch der Disziplin genügen, den Gegenstandsbereich der Sozialen Arbeit aus einer Analyse soziologisch-ökonomischer Zusammenhänge zu begründen. Vielmehr erscheint mir die Erarbeitung von und die Auseinandersetzung mit nachhaltigen Lösungsansätzen notwendig, welche die sozialen Problemlagen an der Wurzel packen. Dadurch können sich Sozialarbeiter in öffentlichen Diskursen positionieren und konstruktive Lösungswege aufzeigen.

Wohlwissend, dass durch die Internationalisierung und Globalisierung der Märkte Veränderung auf nationaler oder regionaler Ebene nicht ausreichen werden, ist es doch besser in Lösungen zu denken, als im „Jammern über die Aussichtslosigkeit der Situation“ zu verharren.

Ich möchte in diesem Abschnitt Lösungen diskutierten, die einer Profit- und Spekulationsökonomie, welche nur eine Minderheit der Menschheit begünstigt, entgegensteht. Im Sinne einer Versorgungsökonomie sollen demgegenüber Ideen entwickelt und dargestellt werden, welche für möglichst viele Menschen nutzbringend sind.

Ausführlich wird auf den Ansatz des fließenden Geldes auch im Zusammenhang mit Regionalwährungen eingegangen. Ferner sollen als weitere Komponenten das bedingungslose Grundeinkommen, die Abschaffung von Vererbungsprivilegien sowie die Besteuerung von Spekulationsgewinnen diskutiert werden.

Um das Prinzip des fließenden Geldes zu erläutern, stelle ich zunächst ein historisches Experiment vor, das „Wunder von Wörgl“ (vgl. Schachameier 2016, ebenso die folgenden Ausführungen bis Seite 17)

Das Wunder von Wörgl
Der Ort Wörgl in Tirol hatte im Jahr 1932 4300 Einwohner. Davon waren 1500 Menschen arbeitslos und 200 Familien absolut mittellos (vgl. Berger 2000, 8). Der Bürgermeister, Michael Unterguggenberger, hatte die Idee, eine Nutzungsgebühr auf Geldscheine einzuführen. Die Scheine müssen an jedem Monatsende mit einer Wertmarke als Nutzungsgebühr beklebt werden, dadurch verlieren Sie an Wert (vgl. ebd.). Die Bewohner sind im Folgenden bestrebt, ihr Geld auszugeben, wodurch ein Kreislauf entsteht:

„Mit den ersten Scheinen, die er (der Bürgermeister, A. S.) ausgibt, bezahlt er die Arbeiter, die die Kanalisation bauen. Um die Nutzungsgebühr zu sparen, geben sie die Scheine schnell beim Bäcker aus und kaufen Brot. Der Bäcker will die Gebühr auch nicht zahlen und gibt sie schnell dem Tischler, der seine Fenster erneuert. Der bringt sie zum Metzger für Wurst und der zum Schmied für ein neues Hoftor. Vor lauter Sparsamkeit zahlen die Bürger die Gemeindesteuer im voraus. Damit lässt Unterguggenberger die Straße pflastern. Das löst einen neuen Kreislauf aus.“ (ebd.) Das Experiment führt zur Vollbeschäftigung, in Wörgl entsteht eine ordentliche Infrastruktur, die Armut geht drastisch zurück.

Auch andere Ortschaften wollten das System übernehmen, im Frühsommer 1933 spricht Unterguggenberger im Wiener Restaurant Kaiserhof vor 170 anderen Bürgermeistern (vgl. Uchatius 2010, 6). Das „Schwundgeld“ interessiert Städte wie Linz, Steyr, Spittal (vgl.ebd.). Sogar der französische Ministerpräsident Édouard Daladier besucht den Ort persönlich (vgl. Berger 2000, 8).
Die österreichische Nationalbank drängt jedoch auf die „Abstellung dieses Unfugs“, letztlich entscheidet der Verwaltungsgerichtshof knapp anderthalb Jahre nach Beginn des Experiments, dass das Wörgler Notengeld gegen das Gesetz verstößt, nur die Nationalbank darf Banknoten herausgeben (vgl. Uchatius 2010, 6).

Bis dahin sind die Scheine insgesamt 416 Mal zirkuliert und haben damit sehr hohe Werte erzeugt. „Nach dem Verbot kehrt Wörgl zur Landeswährung zurück, zur hohen Arbeitslosigkeit und zu schrecklichem sozialen Elend.“ (Berger 2000, 8)

Wie ist der Bürgermeister Unterguggenberger auf diese Idee gekommen?

Er beschäftigte sich mit den Werken von Silvio Gesell (vgl. Gesell 2009), der bestrebt war, Alternativen zum Kapitalismus und Kommunismus zu finden. Die Ursache vieler gesellschaftlicher Probleme bringt Gesell mit dem Zinssystem in Verbindung und schlägt vor, stattdessen eine Standgebühr zur Umlaufsicherung des Geldes einzuführen (vgl. ebd.).

Dieser Ansatz wurde von einigen Autoren wie beispielsweise Helmut Creutz (2001, 2004), Magrit Kennedy (vgl. 2006, 2011) oder Bernd Senf (2016, 2014a, 2014b) aufgegriffen.

Fließendes Geld und Regionalgeld

Am Beispiel von Wörgl wurde das Prinzip des fließenden Geldes erläutert.
Hier wurde eine regionale und zinslose Währung eingeführt, für die man eine Haltegebühr entrichten musste, wenn das Geld innerhalb eines Monats nicht ausgegeben wurde.
Dieses Prinzip des „fließenden Geldes“ senkt das Bestreben, Geld „horten“ zu wollen. Dieser Anreiz entfällt, weil die Vermögensbildung durch die Verzinsung nicht mehr möglich ist. Durch eine Standgebühr entsteht ein Interesse, das Geld im Umlauf zu halten und auszugeben.

Magrit Kennedy erklärt, dass wir derzeit für Bargeld keine Zinsen erhalten, auf kurzfristige Einlagen etwa 1-3%, auf langfristige etwa 3-6%. Mit der Standgebühr hingegen würde man auf Bargeld 3-6% und auf kurzfristige Anlagen 1-3% Standgebühr pro Jahr bezahlen. Für langfristige Anlagen müssen keine Standgebühren bezahlt werden (vgl. Kennedy 2011, 47).

Der wesentliche Zweck der Standgebühr wäre zu verhindern, „dass ich nur aufgrund von Geldbesitz ein leistungsloses Einkommen erzielen kann. Denn es kommt letztlich nur wenigen zugute, während die große Mehrheit der Menschen dabei draufzahlt. … Sie verhindert das exponentielle Wachstum durch Zins und Zinseszins wie die dadurch entstehende Umverteilung von Geld von der großen Mehrheit hin zu einer kleinen Minderheit der Bevölkerung.“ (Kennedy 2011, 48)

In einem Positionspapier der Zeitschrift „Humane Wirtschaft“ wird darauf hingewiesen, dass aktuell sinkende Zinsen und Inflationsraten zu einer Ausweitung der Liquiditätshaltung führen. Dadurch wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gehemmt und die Spekulation begünstigt (vgl. Humane Wirtschaft 2015, 8-9).
Wenn die Liquiditätshaltung durch eine Gebühr belastet, bewirkt dies eine Stabilisierung des Geldwertes mit einem Inflationsziel von +/- Null. Eine Unterscheidung zwischen Nominal- und Realzins wird folglich überflüssig (vgl. ebd.).

Bei einem Wegfall von Zinszahlungen wäre eine weitere Folge, dass es allgemein nicht mehr notwendig ist, „…auf Kapital eine hohe Rendite zu erwirtschaften, wodurch sich der Zwang zur Überproduktion und Konsum vermindern würde. Das heißt, das Wirtschaftsvolumen könnte sich leichter dem wirklichen Bedarf anpassen, und dies würde zu einer wirklich ökologischen Wirtschaft führen. Die Preise könnten durchschnittlich um dreißig bis fünfzig Prozent gesenkt werden: um den Anteil, den jetzt die Zinsen ausmachen. Theoretisch bräuchten die Menschen, die überwiegend von ihrer Arbeit leben – und noch etwas mehr als die Hälfte der jetzigen Zeit zu arbeiten, um den momentanen Lebensstandard zu erhalten. Sie hätten damit mehr Gelegenheit, sich Umweltfragen und –Verbesserungen zu widmen.“ (Kennedy 2006, 105)

Magrit Kennedy geht davon aus, dass mit einem Wegfall von Zinsen das übersteigerte Wachstum des Geldvermögens und der Überschuldung zurückgeht (Kennedy 2006, 123). Die Diskrepanz zwischen Arbeit und Besitz, Arm und Reich würden sich verringern, soziale Spannungen würden abnehmen und der Zwang zum

Wirtschaftswachstum würde sich vermindern. Dadurch kann der Verarmung der Arbeitsleistenden entgegenwirkt werden (vgl. ebd.). Letztlich „…wird die Entwicklung der Wirtschaft immer mehr von den Interessen der nachfragenden und leistenden Menschen bestimmt, immer weniger von den (Zins-)Interessen des Kapitals…“ (ebd.).

Ein weiteres historisches Beispiel für die Wirkung von fließendem Geld findet man in Deutschland in der Zeit zwischen dem 12. und 15. Jahrhundert. Die Stauferkönige führten damals die sogenannten „Brakteaten“ ein - aus dünnem Blech einseitig geprägte Münzen. „Diese Münzen werden jährlich „verrufen“ - für ungültig erklärt. Mit einem „Abschlag“ von 20% können sie dann gegen die neuen gültigen Münzen umgetauscht werden. Mit dem Abschlag finanzieren die Könige den Staatshaushalt.“ (Berger 2000, 7) Diese Idee wird von vielen europäischen Herrschern übernommen. Dadurch entstand ein Anreiz, das Geld auszugeben, im Umlauf zu halten. In der Folge entstanden über hundert wunderschöne mittelalterliche Städte im deutschen Sprachraum (vgl. ebd.). „Fast alle großen Dome und Kathedralen in unserem Kulturkreis werden in dieser Zeit erbaut. Die Hanse verwandelt ärmliche Fischerhäfen an der Ostseeküste in Oasen blühenden Reichtums - die Hansestädte. Die Fünftagewoche wird fast überall eingeführt…“ (ebd.).

Ferner wurden im Chiemgau mit dem „Chiemgauer“ bereits erste Erfahrungen mit regionalen Zahlungsmitteln gesammelt. Hier wird zwar nicht das Prinzip des fließenden Geldes umgesetzt, es kommt aber zu einer Verkürzung des Geldkreislaufes, der sich an den Bedürfnissen einer Region orientiert. Dadurch wird die Wirtschaft vor Ort unterstützt (vgl. Kennedy 2011, 60).

„Wer mit regionalem Geld bezahlt, stützt seine Region, weil der Nächste das Geld ja auch wieder in der Region ausgeben muss. Das ist der Hauptunterschied zum Euro, mit dem Sie zwar auch regional einkaufen können, von dem Sie aber nicht wissen, wo derjenige, den Sie damit bezahlen, ihn wieder ausgibt. Der zusätzliche regionale Umsatz schafft langfristig mehr Wohlstand.“ (ebd. 60)

Insgesamt macht Kennedy deutlich, dass eine Monokultur des Geldes sehr gefährlich ist. Alle nationalen Währungen funktionieren heute nach denselben Prinzipien. Wenn das derzeitige Geldsystem zusammenbricht, kommt es zu einer globalen Katastrophe. Mit der Einführung komplementärer Währungen erhöhen wir die Nachhaltigkeit durch Vielfalt und erzeugen damit auch eine größere Widerstandfähigkeit des gesamten Systems (vgl. Kennedy 2011, 52).

In Deutschland gibt es inzwischen zahlreiche Regionalwährungen, siehe z.B. unter http://regionetzwerk.blogspot.de.

Weitere Lösungskomponenten
Grundsätzlich muss verhindert werden, dass dem Realwirtschaftskreislauf Geld entzogen wird, Geld sollte sich demnach nicht durch Spekulationsgewinne vermehren. Um zu vermeiden, dass die Kapitalisten auf Bodenkäufe ausweichen und damit spekulieren, ist eine Reform der Bodennutzung notwendig, beispielsweise durch die Idee einer Bodenrente und einer Nutzungsgebühr (vgl. Creutz 2012, 444 ff.)
Des Weiteren müssten Spekulationsgewinne so besteuert werden, dass sie nicht mehr den Realwirtschaftskreislauf gefährden.

Zudem müssten Vererbungsprivilegien abgeschafft werden. Im Moment könnte man die Situation mit einem Monopolyspiel vergleichen. Diejenigen, die am Anfang die besseren Straßen bekommen, können Vermögen ansammeln, sie haben einen Vorsprung, die anderen können diesen kaum mehr aufholen. Ziel sollte es doch sein, die Chancengleichheit zu maximieren. Können und Talent sollten sich dabei möglichst optimal entfalten können.

„Die Gefahr droht einer gerechten Gesellschaft nie durch das Talent – davon profitiert sie immer -, sondern allein durch die Mechanismen eines parasitären Gewinns, welche eine Erblichkeit des Reichtums bewirken…“ (Jenner 2016) Zinsen, Dividenden, Derivate, Aktien usw.: Geld vermehrt sich, wenn man erst einmal eines hat (vgl. ebd.).

Bedingungsloses Grundeinkommen
Ein weiterer Ansatz, um die Chancengleichheit zu verbessern, wäre das bedingungslose Grundeinkommen (vgl. Häni/Kovec (2015). In einer Volksabstimmung in der Schweiz im Jahr 2016 kam es zwar zu einer Ablehnung, die Initiative hat jedoch zumindest eine verstärkte öffentliche Diskussion angeregt, durch welche festgefahrene Einstellungen hinterfragt werden.

Auch in Finnland wird eine Einführung diskutiert. Allerdings gibt es in der Höhe des Einkommens beträchtliche Unterschiede. Die Gemeinsamkeit besteht jedoch in der Idee, dass jeder Bürger regelmäßig eine Summe ausgezahlt bekommen soll und zwar bedingungslos, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne umfassende Eingriffe in die Privatsphäre durch kontrollierende Behörden (vgl. Diekmann 2016).

Die Verknüpfung von Arbeit und Einkommen würde im Bereich der Existenzsicherung aufgelöst werden (vgl. ebd., 20). Darüber hinaus wird das Ziel der Vollbeschäftigung kritisiert, die Autoren vermuten, dass die zukünftige Entwicklung dazu führen wird, dass immer weniger Beschäftigte ausreichen werden, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten (vgl. ebd. 22, 23). „…Vollbeschäftigung degradiert Arbeit zur bloßen Beschäftigung. Arbeit erledigt man nur dann, wenn es etwas zu tun gibt. Beschäftigung sucht man auch dann, wenn es nichts zu tun gibt…“ (ebd., 24).

Des Weiteren werden persönliche Einstellung und Haltungen zur sozialen Gerechtigkeit hinterfragt: „…Bin ich bereit, den anderen die Existenzgrundlage bedingungslos zu gewähren? Kann ich mir vorstellen, dass sie ein Grundeinkommen erhalten, ohne dafür erst Auflagen erbringen zu müssen?“ (Häni/Kovec 2015, 11).

Die Höhe des Einkommens muss sicherlich diskutiert werden und bei einer tatsächlichen Einführung sinnvoll festgelegt werden. Durch eine Absicherung der Existenz würde aber sehr viel Druck von vielen Menschen genommen, es käme zu einem Paradigmenwechsel, die Bedeutung von Arbeit und Beschäftigung würden neu definiert werden.

Die Einführung des Grundeinkommens würde aber die oben ausführlich beschriebenen Probleme unseres Geldsystems nicht beheben, Wirtschaftskrisen würden weiterhin entstehen. Deswegen ist nur eine Kombination von fließendem

Geld und bedingungslosen Grundeinkommen sinnvoll sowie eine Eindämmung der Gewinnmöglichkeiten auf den spekulativen Finanzmärkten.

Einen weiteren Ansatzpunkt möchte ich noch hinzufügen. Bernd Senf schlägt vor, den Prozess der Geldschöpfung zu reformieren (vgl. Senf 2016). Die Zentralbanken sollten neben der Legislative, Exekutive und Judikative als staatliches Organ existieren, als „Monetative“ (vgl. Senf 2016).

Fließendes Geld, Bedingungsloses Grundeinkommen und Soziale Arbeit – ein Ausblick

Eine Implementierung der oben beschriebenen Lösungsansätze hätte weit reichende gesellschaftliche Auswirkungen zur Folge. Eine Stabilisierung der realen Wirtschaftskreisläufe durch eine Kombination aus fließendem Geld und bedingungslosen Grundeinkommen sowie einer Regulation der Spekulationsprofite würde die Lebenslagen vieler Menschen verbessern. Die Soziale Arbeit könnte dadurch ihrem Ziel, einer gerechteren Gesellschaft, einen großen Schritt näher kommen. Die systembedingten Notlagen und Verarmungen würden sich größtenteils auflösen. Es käme zu einer Neustrukturierung der Gesellschaft, insbesondere hätten vermutlich viele Menschen wieder mehr Zeit, der ökonomisch bedingte Wachstums- und Leistungsdruck würde sich verringern.

Allein durch die Einführung des fließenden Geldes könnte sich die tägliche Arbeitszeit um bis zu 40% reduzieren, bei gleichbleibendem materiellen Wohlstand.

Stellen sie sich vor, sie müssten nur 20-25h pro Woche für den gleichen Lebensstandard arbeiten? Welche positiven Auswirkungen hätte dies auf Ihre Gesundheit, Ihr Familienleben?

Die Menschen hätten mehr Zeit, sich den Fragen eines humaneren Zusammenlebens und Wohnens zu widmen. Sie könnten sich intensiver mit Umweltschutz und nachhaltigen Lebensformen beschäftigen. Optimale Betreuungsschlüssel in Kindergärten könnten umgesetzt werden, ältere Menschen könnten wieder mehr im familiären Kontext altern. Bildung und Schule bekämen einen anderen Stellenwert und wären nicht mehr so sehr dem Primat der Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet.
Durch das bedingungslose Grundeinkommen könnten unterbezahlte Jobs nicht mehr existieren, die Arbeitslosigkeit würde an Bedeutung verlieren. Ein unglaublicher Druck würde von vielen genommen.

Wie anders könnte dann die Soziale Arbeit agieren? Wie würden sich deren Tätigkeitsfelder reformieren? Gewalt, Missbrauch, Sucht und weitere psychische Krankheiten würden vermutlich seltener auftreten. Ökonomisch bedingte Armutsverhältnisse würde es dann nicht mehr geben. Vielleicht würde sich die Soziale Arbeit in einigen Bereichen überflüssig machen, in anderen Feldern könnte sie sich neu konzeptionieren oder gar neue Aufgabengebiete erschließen.

Um einem solchen, womöglich utopischen, Ziel näher zu kommen, muss sich vor allem die Lehre an den Hochschulen für die oben beschriebenen Themen verstärkt öffnen. Nur durch eine intensive Auseinandersetzung mit ökonomisch-monetären

Zusammenhängen und der auf dieser Basis entwickelten Lösungsstrategien kann dem Ziel einer sozial gerechteren Gesellschaft wirklich näher gekommen werden. Eine Positionierung zu konkreten Lösungsansätzen wie dem fließenden Geld in der Kombination mit den oben erwähnten Komponenten wäre sinnvoll.

Im Rahmen der Modulevaluierungen an Hochschulen müsste eigentlich gefragt werden, inwiefern die Studierenden in der Lage sind, aktuelle Krisen und Probleme zu verstehen und inwieweit sie kreative Lösungen für eine gerechtere Gesellschaft entwickeln und umsetzen können. Durch die Lehrveranstaltungen sollte das Innovationspotential aktiviert werden, um Alternativen für unser Geld- und Wirtschaftssystem zu entwerfen, welches die grundlegenden Strukturen für das gesellschaftliche Miteinander bildet. Viel zu oft wird unser kapitalistisches Wirtschaftssystem unhinterfragt als das einzig wahre und sinnvolle hingenommen. Aber das muss nicht so sein, wie ein abschließendes Zitat von Magrit Kennedy belegt:

„…Unser Geldsystem ist nicht Gott gegeben. Wir können es neu gestalten…“ (Kennedy 2012, 114)

Literatur

- Baecker, D. 1994: Soziale Hilfe als Funktionssystem der Gesellschaft. In: Zeitschrift für Soziologie, 2/94: 93-110
- Berger W. (2000): Geld macht Sinn-lich! _ Ist Geld Sinn-los?: Redigtierter Mitschnitt eines Vortrages auf dem Symposium im Rahmen der Paracelsus-Akademie am 1. Juni 2000 im Congress Center Villach, Österreich. http://emanzipationhumanum.de/downloads/dyngeld.pdf
  Ursprünglicher Text in: Paracelsus Akademie Villach (Hrsg.): „Auf der Such nach Sinn." Symposiumsband, edition selene, Wien 2000, Seite 29 - 48
- Böhnisch, L., W. Schröer, H. Thiersch (2005): Sozialpädagogisches Denken. Wege zu einer Neubestimmung. Weinheim.
- Böhnisch, L. (2012): Lebensbewältigung. In: Thole, W. (Hrsg.), Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch, 4.Aufl., Wiesbaden 197-218
- Cox D., Pawar, M. (2013): International Social Work. Issues, Strategies and Programs. Thousand Oaks/London/New Delhi.
- Creutz, H. (1991): Wie stichhaltig sind die Einwände gegen eine Geldreform? In: Zeitschrift für Sozialökonomie: Heft 89, April 1991
- Creutz, H. (2001): Das Geldsyndrom. Aachen: Verlaghaus Mainz, Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig (1.Auflag 1993)
- Creutz, H. (2004): Die 29 Irrtümer rund um das Geld. München/Wien: Signum Wirtschafts Verlag
- Creutz, H. (2012): Das Geldsyndrom 2012. Wege zu einer Krisenfreien Wirtschaftsordnung. Mainz: Wirtschaftsverlag
- Creutz, H. (2014): Das Geldsyndrom 2012. Wege zu einer Krisenfreien Wirtschaftsordnung. Mainz: Wirtschaftsverlag
- Diekmann, F. (2016): Grundeinkommen in der Schweiz und Finnland: Gleiches Geld für alle. Spiegel Online. http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/grundeinkommen-was-sich-2016-in-der-schweiz-und-finnland-entscheiden-wird-a-1069076.html 01.09.2016
- Engelke, E., C. Spatscheck, S. Borrmann (2009): Die Wissenschaft Soziale Arbeit. Werdegang und Grundlagen. Freiburg: Lambertus-Verlag
- Fuchs, P. /Schneider D. 1995: Das Hauptmann-von-Köpenick-Syndrom. Überlegungen zur Zukunft funktionaler Differenzierung. In: Soziale Systeme, 2/95: 203-224
- Gesell, S. (2009):Gesammelte Werke: Auf der Suche nach einer Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus. Kiel: Verlag für Sozialökonomie. Elektronische Ressource (CD-ROM)
- Halach, K. (2006): Rüstung, Krieg und das liebe Geld … oder warum wir uns Abrüstung und Frieden nicht „leisten" können. In: Humane Wirtschaft: Heft 06/2006
- Häni, D., P. Kovec (2015): Was Fehlt, wenn alles da ist? Warum das bedingungslose Grundeinkommen die richtigen Fragen stellt. Zürich: Orell Füssli
- Hollstein, W./Meinhold, M. (Hrsg.) (1973): Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen. Frankfurt a.M.
- Horkheimer, M., TH. W. Adorno (1969): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Leipzig

- Humane Wirtschaft (o.J.): Kennen Sie die Hintergründe für die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise? Faltblatt Humane Wirtschaft (Hrsg.)
- Humane Wirtschaft (2015): Ein Positionspapier. Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld. In: Humane Wirtschaft: Heft 04/2015, S. 8-9
- Jenner, G. (2016): Ante Portas: Radikale und Radikalismus! Humane Wirtschaft 4/2016
- Kleve, H. 1997: Soziale Arbeit zwischen Inklusion und Exklusion. In: Neue Praxis, 3/96: 45-252
- Kalliga, B. (2013): Griechenland: Ein Volk droht auszubluten. In: Neue-Caritas, 10/2013 https://www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2013/artikel/griechenland-ein-volk-droht-auszubluten
  18.08.2016
- Kennedy, M. (2006): Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jeden dient. München: Wilhelm Goldmann Verlag
- Kennedy, M.(2011): Occupy Money. Damit wir zukünftig Alle die Gewinner sind. Bielefeld: Kamphausen Verlag
- Keynes J. M. (2009*):* Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin: Duncker & Humbolt
- Kleve H. (2006): Soziale Arbeit in der Postmoderne. Sozialarbeiterische Ambivalenzen als ethische Dilemmata. In: Dungs, S., U. Gerber, H. Schmidt, R. Zitt (2006): Soziale Arbeit und Ethik im 21. Jahrhundert. Ein Handbuch. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalten GmbH
- Kleve, H. (1999): Sozialarbeit und Ambivalenz. Fragmente einer postmodernen Professionstheorie Sozialer Arbeit. In: neue praxis 4/199, 368-382
- Marx, K. (2015): Das Kapital. Hamburg: Severus Verlag
- Menke, B. (2016): SOS-Heime in Griechenland: "Uns werden immer mehr Kinder gebracht". http://www.spiegel.de/panorama/sos-heime-in-griechenland-uns-werden-immer-mehr-kinder-gebracht-a-797331.html 18.06.2016
- Peters, H., H. Cremer-Schäfer (1975): Die sanften Kontrolleure. Stuttgart.
- Schachameier, A. (2016): Fließendes Geld und Soziale Arbeit. In: Humane Wirtschaft 3/2016
- Scherr, A. (2012): Sozialarbeitswissenschaft. Anmerkungen zu den Grundzügen eines theoretischen Programms. In: Thole, W. (Hrsg.), Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch, 4. Aufl., Wiesbaden, 283-296.
- Scherpner, H. (1974): Theorie der Fürsorge. Göttingen.
- Senf, B. (2014a): Der Nebel um das Geld. Marburg: Metropolis
- Senf, B. (2014b): Die blinden Flecken der Ökonomie. Marburg: Metropolis
- Senf, B. (2016): Vortrag bei der Währungscountdown 2016. Youtube: https://www.youtube.com/watch?v=w7onuwsd7_E 18.08.2016
- Statista (2016): Griechenland: Staatsverschuldung von 2009 bis 2015 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167463/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/ 25.08.2016
- Staub-Bernasconi, S. (2007): Soziale Arbeit: Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession? Zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit in Deutschland mit einem Seitenblick auf die internationale Diskussionslandschaft. In: Lob-Hüdepohl, Andreas/Lesch, Walter (Hrsg.)

(2007): Ethik Sozialer Arbeit – Ein Handbuch: Einführung in die Ethik der Sozialen Arbeit, UTB/Schöningh: S. :20-54

- Staub-Bernasconi S. (2014): Soziale Arbeit und Menschenrechte: Vom beruflichen Doppelmandat zum professionellen Tripelmandat. Leverkusen: Budrich, Barbara
- Thole, W.(2012): Die Soziale Arbeit – Praxis, Theorie, Forschung und Ausbildung. Versuch einer Standortbestimmung. In: Ders. (Hrsg.), Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch, 4. Aufl., Wiesbaden, 19-70
- Thiersch, H. (2002): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. In: Thole, W. (2002): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Opladen: Leske + Budrich
- Thiersch, H., Grundwald, K., S. Köngeter (2012): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. In: Thole, W. (Hrsg.), Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch, 4. Aufl., Wiesbaden, 175-196
- Uchatius, W. (2010): Das Wunder von Wörgl. Historisches Experiment. In: Zeit-Online 22.12.2010. PDF: http://pdf.zeit.de/2010/52/Woergl.pdf
- Wendt, S. (2015): Einsturz eines Dogmengebäudes. In: Humane Wirtschaft 06/2015, 30-35
- Wissenschaftliches Institut der AOK (2011): Burnout auf dem Vormarsch. http://www.wido.de/meldungakt+M573e3cbeb9d.html - 25.01.2016
- Wolff, E. (2016): Der Finanz-Tsunami nimmt seinen Lauf. Free21.credible news mounted on paper. Nr. 3, 3 Jg. 6/2016